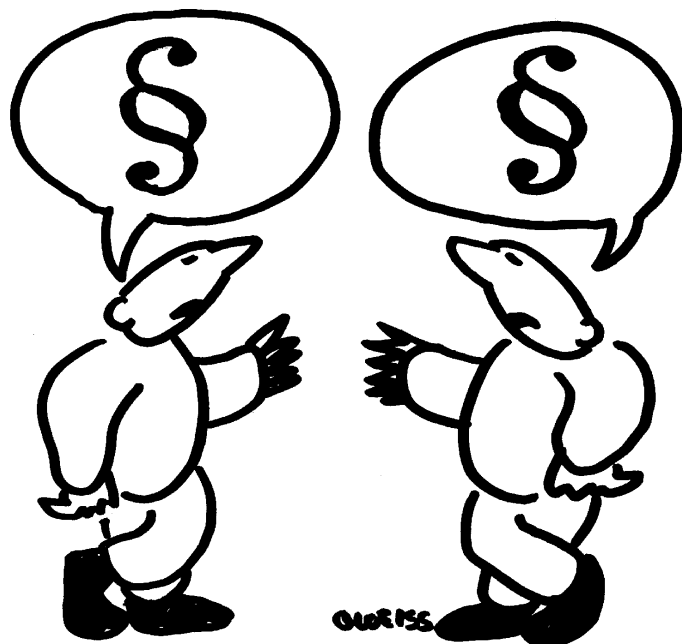


sen nicht innerhalb der Anstalt frei bewegen können. Große Probleme gibt es zur Zeit in den offenen Anstalten, da viele der Betriebe, in denen die Jugendlichen tätig waren, geschlossen werden. Entgegen dem sozialpädagogischen Bedarf vermindert sich deshalb zur Zeit die Anzahl der offenen Anstalten. Als weitere Möglichkeit kennt das Jugendrecht die Aussetzung der Jugendstrafe zur Bewährung auf ein bis drei Jahre und in besonderen Fällen können Jugendliche auch nach den Grundsätzen des Erwachsenenstrafrechtes bestraft werden. Das gilt insbesondere bei Totschlag, Vergewaltigung, Raub und schwerer Körperverletzung, aber auch, wenn nach den allgemeinen Umständen der Tat, sowie seinen persönlichen Eigenschaften davon auszugehen ist, daß er sich für diese Verbrechen wie ein Erwachsener verantworten kann.

Das offizielle Ziel der Unterbringung eines Jugendlichen in einer Besserungsanstalt oder eines Her-

Cwel) als man das aus Deutschland und anderen westeuropäischen Gefängnissen heute kennt. So ist es der ersten, am meisten unter den Gefangenen privilegierten Gruppe absolut untersagt, in irgend einer Weise mit dem Anstaltspersonal zusammenzuarbeiten, sie gelten als unbeugsame Rebellen und werden nach der kleinsten Regelverletzung im Sinne dieser Subkultur sofort in die zweite Stufe herabgesetzt. Innerhalb dieser Anstaltssubkulturen, die in ganz Polen ähnlich sind, gibt es genaue Riten der Aufnahme, der Probezeiten und Abstufungen, aber auch der Interaktion zwischen den einzelnen Stufen. Jeder körperliche Kontakt, das Grüßen oder auch nur die Annahme einer angesteckten Zigarette eines Git-Czlowiek von einem Cwel ist verpönt und wird durch Herabstufung sanktioniert.

Die gegenwärtigen Reformbemühungen bezüglich des Jugendgesetzes dauern schon lange an und werden zunehmend bestimmt von Forderungen nach Strafverschär-



angewachsenen in einem Gefängnis in Polen ist die Resozialisierung und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Die Verwirklichung dieses Zieles ist aber u.a. aufgrund einer stark repressiven Anstaltssubkultur kaum zu erreichen. Diese Anstaltssubkultur – in Polen das zweite Leben genannt – ist wesentlich formeller in Hierarchiestufen eingeteilt (Git-Czlowiek, Frajer,

Angewachsenen in einem Gefängnis in Polen ist die Resozialisierung und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Die Verwirklichung dieses Zieles ist aber u.a. aufgrund einer stark repressiven Anstaltssubkultur kaum zu erreichen. Diese Anstaltssubkultur – in Polen das zweite Leben genannt – ist wesentlich formeller in Hierarchiestufen eingeteilt (Git-Czlowiek, Frajer,

Dr. Danuta Urbaniak lehrt an der Universität Lodz, Polen.

SCHWEDEN

Gegen alle Vernunft?

In Schweden geht derzeit die konservative Regierung unter dem Motto: »Renovierung einer verfehlten Kriminalpolitik« daran, sozialdemokratische Reformpolitik der 70er und 80er Jahre zurückzunehmen. Schweden – das kriminalpolitische Vorzeigeland – es war einmal.

Knut Papendorf

Die gute Nachricht vorweg: In Schweden können Zeitungsleser zur Zeit eine höchst interessante kriminalpolitische Diskussion verfolgen. Mittlerweile haben sich über ein Dutzend Debattanten in *Aftonbladet*, die der Sozialdemokratie zugeneigte Hauptstadtzeitung, zu Wort gemeldet. Die eine Seite in dieser Debatte ist repräsentiert durch die konservative (Moderatene) Justizministerin Gun Hellsvik und Kombattanten (inklusive der (Medien-)Konkurrenz *Svenska Dagbladet*), die andere Seite durch eine Reihe von Kriminologen, Richtern inklusive dem norwegischen Soziologen Thomas Mathiesen, der die Debatte eröffnete. Doch die eigentliche Initialzündung für diesen Streit setzte Stig Edlings aufrüttelnde Reportageserie in *Aftonbladet* (ausgebreitet auf für deutsche Verhältnisse sagenhaften 18 Zeitungsseiten vom 20.3. – 23.3.1994) über Kumla, dem größten und am schärfsten bewachten (Hochsicherheits-) Gefängnis Schwedens für gefährliche Langstrafler. Edling hatte sich zu diesem Zweck eine Woche lang in Kumla einschließen lassen.

In Kumla sitzen zur Zeit (Ende März 1994) 276 Gefangene ein, davon 144 in der sogenannten Etappe bestehend aus drei großen Häusern, innerhalb derer die Gefangenen sich frei bewegen können. Daneben gibt es das H-Haus mit ca. 40 Gefangenen. Innerhalb des H-Hauses befindet sich wiederum der sogenannte Kumla-Bunker mit neun Haftplätzen, einen von einer sieben

Meter hohen Mauer und einem doppelten Stacheldrahtzaun umgebenden »Gefängnis im Gefängnis« für die gefährlichsten der gefährlichen Gefangenen. Der Freistundenhof für diese Gefangenen wiederum hat die Form eines circusähnlichen Tigerkäfigs mit acht Meter hohen Gitterwänden und einem Dach aus gehärtetem Stahl.

Edlings Serie entlarvt durch die Präsentation von Einzelschicksalen Verhältnisse insbesondere in dem speziellen Sicherungsbereich (»Kumla-Bunker«), die nur als menschenverachtend und verrohend bezeichnet werden können (vgl. Edling, in: *Aftonbladet* vom 20. – 23.3.1994).

Nach dieser Breitseite des – von Walraffs Methoden inspirierten – Journalisten und alten KRUM-Vorkämpfers (Stig Edling war Ende der 60er Jahre einer der wichtigsten Gründungsfiguren in der Frühzeit KRUMs, des schwedischen Vereins für Strafvollzugsreform), setzte *Aftonbladet* die Kampagne fort durch die Publizierung eines Beitrags von Thomas Mathiesen, in dem die Kriminalpolitik der konservativen schwedischen Regierung frontal angegangen wird: »Mit ihren kriminalpolitischen Vorschlägen setzt sich die schwedische Regierung und insbesondere die Justizministerin über sämtliche wissenschaftliche Erkenntnisse über die Funktion der Strafe hinweg. Abgesehen von der damit implizierten intellektuellen Unredlichkeit, repräsentiert dies eine Entwicklung, die tragisch und auch

gefährlich ist« (Mathiesen, in *Aftonbladet*, 24.3.1994, S. 5).

Vorauszuschicken ist, daß mit dem Regierungswechsel 1991 die jahrzehntelange Hegemonie der schwedischen Sozialdemokratie auch auf dem kriminalpolitischen Feld gebrochen wurde. Ausdruck für den damit einhergehenden Systemwechsel findet sich schon in einem Regierungsrapport mit dem programmatischen Titel »Über die Renovierung einer verfehlten Kriminalpolitik« (Hrsg. Justizministerium 1993).

Gemeint ist natürlich die sozialdemokratische Kriminalpolitik der 70er und 80er Jahre, die als zu lasch und gefangenenfreundlich stigmatisiert wird. Konkret finden sich in der achtseitigen (!!!) Schrift des schwedischen Justizministeriums die folgenden Kritikpunkte:

- Die Mehrzahl der zu Freiheitsstrafen Verurteilten wird schon zum Halbstrafzeitpunkt entlassen;
- In der 80er Jahren sind zu wenig Polizisten ausgebildet und eingestellt worden;
- Eigenkonsum von Drogen ist de facto toleriert worden;
- Gegen jugendliche Straftäter ist nicht effektiv vorgegangen worden.
- Diese »mißratene« Kriminalpolitik habe zu einer starken Zunahme der registrierten Kriminalität geführt (von 983.000 auf 1.200.000).

Was setzten die konservativen Kriminalpolitiker dagegen?

- Die unbesetzten Stellen in der Polizei sollen bis spätestens 1995 besetzt sein; Die Polizeiarbeit soll sichtbarer (Lokal- und Quartierspolizei) und effektiver werden. Insbesondere wird auf eine kommunal ansetzende Präventionsarbeit gesetzt.
- Seit 1.7.1993 ist die Haftentlassung zum Halbstrafzeitpunkt abgeschafft zugunsten einer zum Zweidrittelzeitpunkt.
- Die fluchtverhindernden Sicherheitsmaßnahmen in den Gefängnissen sind unter Einsatz beträchtlicher Summen verstärkt worden.
- Elektronische Überwachung wird als Versuchsprojekt eingeführt.

- Für jugendliche Straftäter werden eine ganze Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die alle auf eine schnellere und härtere Reaktion hinauslaufen (u.a. weniger Einstellungsmöglichkeiten und weitergehendere Inhaftnungsmöglichkeiten).
- Der Maßnahmenkatalog gegen Eigenkonsum von Drogen ist seit dem 1.7.1993 verschärft worden.
- Für Verbrechensopfer soll ein Fond eingerichtet werden, der u.a. durch eine Absenkung der Vergütung für Gefangene finanziert werden soll usf.

Was hier präsentiert wird entspricht größtenteils dem alten »law and order« Muster, so als hätte es eine jahrzehntelange kriminal- und rechtspolitische Diskussion nie gegeben. Wieder einmal wird ein moralischer Kreuzzug entfacht. In den Worten der Justizministerin: »Jetzt haben wir den Kurs geändert. Die (annähernd obligatorische, Erg. K.P.) Entlassung bei Halbstrafe ist im Prinzip abgeschafft. Die unbesetzten Stellen bei der Polizei sind besetzt. Der Eigenverbrauch bezüglich Drogen wird nicht mehr toleriert. Den Kriminalitätsoffern wird mehr Hilfe gegeben. Und unsere Aufräumarbeit muß fortgesetzt werden, um die Sicherheit der Bürger zu verstärken« (*Aftonbladet*, 23.4.1994, s. 5).

Die Bildt-Regierung setzt also auf eine massive Verschärfung des kriminalpolitischen Instrumentariums und suggeriert damit mehr Sicherheit für den Bürger.

Nun handelt es sich bei dieser Wende um eine alterprobt und zynische Strategie rechtskonservativer Politik internationalen Zuschnitts. Zu Recht erinnert auch der Kriminologe Leif Lenke in seinem Diskussionsbeitrag an Nixons (Wahl-) Strategie, das »law and order« Thema in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes zu stellen (Lenke in: *Aftonbladet*, 30.3.1994, S. 4).

Dieser deutliche Vergleich von Gun Hellsvik mit Nixon lockte nun endlich auch die Justizministerin aus der Reserve. War Lenkes Artikel überschrieben mit »Hellsvik macht es so wie Nixon«, liest man bei Hellsvik »...und die Opfer haben selber Schuld?« Sie wirft Lenke explizit vor, mit seinem Nixon-Vergleich »eine kommunistisch



inspirierte Konspirationstheorie« zu verfechten. Ihr mutet Lenkes Beitrag »als eine Art Echo aus den Zeiten revolutionären Gefasels« an. Lenke wird als »Zyniker«, als »herzlos« und schlimmer noch als Produzent von bloßen »Verrücktheiten« diffamiert. Und es werden Pappkameraden aufgeschichtet: »– wie andere aus dem linken Spektrum wie beispielsweise Thomas Mathiesen, der diese Debatte einleitete – lehnt (Lenke, Erg. K.P.) den Gedanken einer Bestrafung von Verbrechern ab. Lenke scheint Strafe als »menschenverachtend« anzusehen! Wie üblich werden keine Alternativen präsentiert. Verbrecher sollen tun und lassen dürfen was sie wollen – die Verbrechenopfer müssen die Schuld wohl bei sich selber suchen...«.

Ideologisch geht es den Konservativen um eine Wiederbelebung längst widerlegter Straftheorien, wenn als Credo einer solchen Position formuliert wird, daß »Rechtsbrechern verdeutlicht werden muß, daß ihre Handlungen unangenehme Konsequenzen haben« (Hellsvik, in: *Aftonbladet*, 23.4.1994).

Hellviks Sichtweise ist leider im Kern repräsentativ für die Kriminalpolitik der jetzigen schwedischen Regierung. Daß sie damit Schwedens guten Namen als kriminalpolitisches Musterländle und jahrzehntelanges Vorbild für Kriminalpolitiker auf Spiel setzt, ist die schlechte Nachricht.

Aber es gibt auch weitere Gegenstimmen gegen die konservative Kriminalpolitik. Der schwedische Kriminologe Janne Flyghed hat einige dieser Stimmen zusammengefaßt (Flyghed, in: *Aftonbladet*, 22.4.1994, S. 5): Danach kommt die schärfste Kritik an der kriminalpolitischen Ausrichtung der schwedischen Regierung von Mitarbeitern aus dem Strafvollzug. Auf deren Wunschliste steht eine sowohl quantitative, wie auch qualitative Milderung des Strafniveaus. Auch die Pläne der Regierung, die strafvollzuglichen Regeln hinsichtlich Beurlaubungen und der Disziplinmaßnahmen zu verschärfen (Gefängnissenquetebericht, SOU 1993:76) werden auf das schärfste abgelehnt. Alf Nilsson, Professor für klinische Psychiatrie, sieht in der Gefängnissenquete »eine Rückwendung zur Finsternis

des Mittelalters«. Der Strafrechtspromotor Nils Jareborg hat jüngst in der Tidsskrift für Nordisk Kriminalvitenskap Hellsviks kriminalpolitische Überzeugung folgendermaßen charakterisiert: Der weitverbreitete (Aber-) Glaube »an die Bedeutung der Kriminalisierung, Strafverschärfung, schärferen Strafmaßnahmen etc. führt unausweichlich zu zwei Folgen: einem Fehlschlag und Heuchelei« (Jareborg 1994, zitiert nach Flyghed, in: *Aftonbladet*, 22.4.1994, S. 5). Nicht weiter verwundert, daß der Psychiater Bo Sjödin nach zwölfjähriger Tätigkeit in Kumla als Hauptgrund für seinen Weggang die aufgrund von Haushaltskürzungen unhaltbar gewordene Anstaltsituation nannte (Flyghed, in: *Aftonbladet*, 22.4.1994, S. 5).

Zeitungsdebatten sind eine Sache. Die Sammlung eines organisierten Widerstandes gegen eine derartige Kriminalpolitik eine andere. Insofern zeigt sich in Schweden die interessante Entwicklung hin in Richtung einer neuen kriminalpolitischen Bewegung – viele Jahre nach dem Dahinscheiden von KRUM. Zur gleichen Zeit als die hier skizzierte Debatte stattfand, trafen sich am 23. April ca. 60 Personen in der Stockholmer Universität, um eine neue organisatorische Plattform für die Kritik gegen das hier präsentierte konservative kriminalpolitische Modell zu schaffen. Und es besteht eine weitere Hoffnung: Im Herbst sind in Schweden Neuwahlen. Ob sich die Sozialdemokraten bei einem eventuellen Sieg an ihre alten kriminalpolitischen Werte erinnern, ist allerdings eine offene Frage.

Dr. Knut Papendorf arbeitet am Institut für Rechtssoziologie der Universität Oslo/Norwegen

Noch mehr NK-Leser ...

... wünschen wir uns. Wollen Sie uns dabei unterstützen? Fordern Sie unseren neuen Farbprospekt an und werben Sie damit bei Kollegen, auf Tagungen und Seminaren.

Kontakt:
Nomos Verlagsgesellschaft
0 72 21 / 21 04 24



Nomos Verlagsgesellschaft
Postfach 610 • 76484 Baden-Baden

